

---

# Soziale Inklusion: Geschichtliche Entwicklung des Sozialstaats und Perspektiven angesichts Europäisierung und Globalisierung

Ernst-Ulrich Huster und Kay Bourcarde

---

## 1 Der Sozialstaat: Soziale Integration als Staatsziel

Das im Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip ist ein gesellschaftlicher Kompromiss und bündelt in sich verschiedene Elemente der staatsrechtlichen Entwicklung. Carlo Schmid (1896–1979), Vorsitzender des Hauptausschuss im Parlamentarischen Rat, begründete am 6. Mai 1949 vor dem Plenum die Namensgebung „Bundesrepublik Deutschland“ mit den Worten:

Der Hauptausschuss schlägt Ihnen den Namen ‚Bundesrepublik Deutschland‘ vor. In diesem Namen kommt zum Ausdruck, dass ein Gemeinwesen bundesstaatlichen Charakters geschaffen werden soll, dessen Wesensgehalt das demokratische und soziale Pathos der republikanischen Tradition bestimmt: nämlich einmal der Satz, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, weiter die Begrenzung der Staatsgewalt durch die verfassungsmäßig festgelegten Rechte der Einzelperson, die Gleichheit aller vor dem Gesetz und der Mut zu den sozialen Konsequenzen, die sich aus den Postulaten der Demokratie ergeben. (Parlamentarischer Rat 1949, S. 172)

Der Sozialstaatsgrundsatz ist, folgt man dieser Begründung, nicht Additiv etwa zur Rechtsstaatlichkeit, wie in der staatsrechtlichen Diskussion insbesondere von Forsthoff (1968), aber in seinem Gefolge auch bis die Gegenwart von anderen Autoren behauptet, sondern er verbindet unauflösbar die liberal-republikanischen Tradition mit der pluralistischen Demokratie. Die Bestimmung von Grund-

---

E.-U. Huster (✉)

Evangelische Fachhochschule RWL Bochum, Deutschland  
und Justus-Liebig-Universität Gießen, Deutschland

E-Mail: ernst-ulrich.huster@t-online.de

K. Bourcarde

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Demografie, Mainz, Deutschland

E-Mail: bourcarde@t-online.de

und Menschenrechten durch Thomas Marshall (1893–1981) in wirtschaftliche, politische und soziale hebt in gleicher Weise hervor, dass Rechtsstaatlichkeit nicht ohne demokratische Legitimation und dass der Erfolg wirtschaftlicher Interessen nicht ohne den Schutz der sozialen Interessen breiter Bevölkerungskreise verwirklichtbar ist (Marshall 1992). Seit der Formulierung der klassischen liberalen Theorie ist die Herstellung des sozialen Zusammenhalts von Gesellschaft das zentrale Thema politischer Theorie, aber es gibt immer wieder auch Versuche und praktische Ansätze, dieses mit ideologischen Argumenten in Frage zu stellen.

Die nachfolgende Untersuchung verfolgt zunächst geschichtlich-theoretisch die von Carlo Schmid benannte „republikanische Tradition“ und die „Postulate der Demokratie“, um diese dann in den klassischen Sozialstaatskonzepten etwa von Max Weber, Eduard Heimann, Hermann Heller und Ralf Dahrendorf zusammenzuführen. Doch deren Ansatz einer Synthese von unterschiedlichen Klasseninteressen wird – so der nächste Schritt – immer wieder durch marktradikale Ideologien in Frage gestellt. Dabei zeigt ein Blick auf die Empirie, wie unbegründet die Sorge ist, dass sich im Sozialversicherungsstaat eine sozialetisch nicht mehr vertretbare Belastung von Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt hat. Entgegen der früheren Gleichsetzung von sozialstaatlichem Ausgleich mit Nationalstaatlichkeit beziehen die im Anschluss daran vorgestellten neueren Konzepte größere Handlungseinheiten mit ein: die Europäische Union (Anthony Giddens) und weltweite Austauschbeziehungen (Amartya Sen und Martha Nussbaum). Neue Begrifflichkeiten entstehen, so etwa die von der Sozialen Inklusion – eine Begrifflichkeit, die das von Helmut Ridder zur Generalnorm im Grundgesetz erhobene Bekenntnis zum Sozialstaat präzisieren könnte und zugleich einen Kontrapunkt setzt gegen die Negierung sozialer Interessen und Normen im Sozialstaatsdiskurs, wie es etwa Niklas Luhmann versucht hat (Huster 2012).

---

## **2 Der Sozialstaat: Geschichtliche Entwicklung**

### **2.1 „... das demokratische und soziale Pathos der republikanischen Tradition ...“**

Mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft zerbrachen nicht nur die feudalen Strukturen mit ihrem wechselseitigen Treue- und Abhängigkeitsverhältnissen, sondern auch Hilfesysteme für diejenigen, die aus diesen Binnenstrukturen herausgefallen waren. Die frühbürgerlichen Gesellschaftstheorien fragten, was an die Stelle der alten Strukturen treten sollte, um nicht nur innergesellschaftliche Konflikte zu lösen, sondern auch um sich als politische Gesellschaft nach außen

positionieren zu können. Der Statik der Feudalordnung folgte die Dynamik einer auf Privatbesitz aufbauenden Gesellschaftsordnung, die aber zugleich Elemente enthielt, die diese Ordnung immer wieder in Frage zu stellen in der Lage waren. Dem dienten damals vertragsrechtliche Entwürfe, die die Gesellschaft („Krieg aller gegen alle“, Thomas Hobbes) durch rechtliche Rahmensetzung und Handhabung des Gewaltmonopols durch den Staat in die Lage versetzen sollten, dem nach zu gehen, wozu sie da ist, nämlich dem gewaltfreien Handel zwischen freien, gleichen bürgerlichen Rechtssubjekten. Dabei war es diesen Theoretikern – in unterschiedlicher Weise zwar – klar, dass die Interessenidentität in der Gesellschaft nur dann gegeben sei, wenn die Eigentumsunterschiede zwischen den Bürgern nicht zu stark ausfallen würden (vgl. Locke 1967).

Jean Jacques Rousseau (1712–1778) formulierte in seinem „Contrat Social“ von 1762 die große Anti-These zur feudalen, auf Standesprivilegien basierenden Gesellschaft des Ancien Regime und damit das Fanal der Französischen Revolution: „Der Mensch wird frei geboren, und überall ist er in Ketten.“ (Rousseau (1968, S. 30). Rousseau forderte vom Bürger die Wahrnehmung von *Eigenverantwortung* und dass der gesellschaftliche Rang des Einzelnen von dessen Leistung – modern würde man sagen: in der Erwerbsarbeit –, nicht aber von seiner Geburt her bestimmt wird. Zugleich sah Rousseau die Gefahr, dass eben diese Freiheit durch eine zu starke Konzentration des Reichtums untergraben werden könnte. So dürfe niemand so reich sein, „(...) um sich einen andern kaufen zu können, noch so arm, um sich verkaufen zu müssen.“ (ebenda, S. 87). Er forderte daher eine egalisierende Vermögensbildung zugunsten einer demokratischen, freiheitlichen Entwicklung (*état médiocre*) – allerdings ohne staatliche Eingriffe in den Bestand.

Angesichts der ökonomischen Rückständigkeit in Deutschland dachte etwa der Staatsreformer Wilhelm von Humboldt (1767–1835) nicht über mögliche Folgen zu starker Eigentumskonzentration nach, hatte er es doch mit einem Staat zu tun, dessen agrarische Grundlagen weitgehend die Wirtschaft dominierten und merkantilistische sowie staatsbürokratische Maßnahmen letztlich den kapitalistischen Take off in Deutschland eher behinderten. Sein Zeitgenosse aber, Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) erkannte bereits in seiner 1821 erstmalig erschienenen „Rechtsphilosophie“:

„Durch die *Verallgemeinerung* des Zusammenhangs der Menschen durch ihre Bedürfnisse, und der Weisen, die Mittel für diese zu bereiten und herbeizubringen, vermehrt sich die *Anhäufung der Reichtümer*, denn aus dieser gedoppelten Allgemeinheit wird der größte Gewinn gezogen – auf der einen Seite, wie auf der anderen Seite die *Verinselung* und *Beschränktheit* der besonderen Arbeit und damit die *Abhängigkeit* und Not der an diese Arbeit gebundenen Klasse (...).“ Hegel resümiert: „Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem *Übermaße des Reichtums* die bürgerliche Gesellschaft *nicht reich genug* ist, d. h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt,

dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.“ Hegel erkannte eine für die bürgerliche Gesellschaft gefährliche Dynamik: „Durch diese ihre Dialektik wird die bürgerliche Gesellschaft über sich hinausgetrieben (...).“ (Hegel 1970, Rechtsphilosophie, Bd. 7, § 243, S. 389 und § 246, S. 391)

Hegel sah die Sprengkraft privatkapitalistischer Expansion – nach innen in einer sich verfestigenden sozialen Polarisierung, nach außen in Form kolonialer Politik der großen Wirtschaftsnationen –, ohne aber selbst schon innerstaatliche bzw. in-nergesellschaftliche Alternativen aufzuzeigen.

## 2.2 „... Mut zu den sozialen Konsequenzen, die sich aus den Postulaten der Demokratie ergeben ...“

Die theoretischen Klassiker der Arbeiterbewegung – *Karl Marx* (1818–1883) und *Friedrich Engels* (1820–1895) – verwarfen die Vorstellung Hegels, die vorhandenen Gegensätze zwischen Staat und Gesellschaft und in der Gesellschaft dialektisch zu „vermitteln“, d. h. auf einer höheren Entwicklungsstufe zu einer neuen Synthese zu bringen, denn dieses sichere nur das Privateigentum des (feudal-aristokratischen) Landstandes und des entstehenden Gewerbestandes. Ihre Forderung nach „Abschaffung der Klassen“ (MEW 20, 99) schloss die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln ein. Denn eine bloß gleichmäßigere Verteilung des vorhandenen Produktivvermögens reiche nicht aus, um das soziale Herrschaftssystem einer Klasse über eine andere aufzuheben. Da „*der Mensch das höchste Wesen für den Menschen*“ sei, ergibt sich schon für den jungen Marx der „*kategorische(.) Imperativ*“, „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, (...)*“ (MEW 1, 385). Nicht sozialer *Ausgleich* wurde folglich angestrebt, sondern die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

De facto hat sich insbesondere in Deutschland eine Arbeiterbewegung herausgebildet, die den Revolutionsbegriff der marxistischen Theorie zwar aufrecht erhielt, insgesamt aber stärker auf Reformen der bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse über die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zielte. *Ferdinand Lassalle* (1825–1864) formulierte – im Rückgriff auf *Johann Gottlieb Fichte* (1762–1814) – Vorstellungen von einem *sozial integrierend wirkenden Staat* (Lassalle 1970). Er strebte ein Bündnis mit dem Bismarckschen Obrigkeitsstaat an. Parallel dazu organisierten Arbeiter in den 1850er und 1860er Jahren freiwillige Hilfskassen als *Solidarverbund* insbesondere für den Krankheitsfall.

Die mit Hegels analytischer Beobachtung beginnende Auseinandersetzung mit der „sozialen Frage“ und das gleichzeitige Sichtbarwerden der demokratischen Re-

präsentanz der Arbeiterbewegung im politischen Alltag, setzte im kaiserlichen Obrigkeitsstaat eine Diskussion frei, wie man denn beides (die „soziale Frage“ und die politische Vertretung der Arbeiterbewegung) „lösen“ könne – durch „Zuckerbrot und Peitsche“! Doch die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881, die das Startsignal zur Errichtung von drei Sozialversicherungen im Deutschen Reich gab, ging darüber hinaus, sie definierte vielmehr klassisch die Aufgabe des Sozialstaates:

Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, dass die *Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen*, sondern gleichmäßig auf dem der *positiven Förderung* des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von Neuem ans Herz zu legen; und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewusstsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und *den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes*, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. (zit. nach Boeckh et al. 2011, S. 57)

Sozialstaat bedeutet demnach *soziale Inklusion* und zielt auf zweierlei. Zum ersten ist es vorrangig die Aufgabe der Sozialpolitik, sozial unverträgliche *Folgen der Marktwirtschaft auszugleichen*, aber in der Weise, dass diese Wirtschaftsform nicht in Frage gestellt wird. Soziale Folgen privaten Wirtschaftens werden vom Ort ihres Entstehens externalisiert und außerhalb des Produktionsprozesses bearbeitet. Doch Ansprüche gegenüber diesen externen Leistungsträgern müssen zuerst „verdient“ werden, ihre Leistungserbringung zielt der Sache nach auf die Reintegration in die Erwerbsarbeit bzw. bindet den (Lohn-)Ersatz an Zugangsbarrieren.

Aber dieses von Bismarck konzipierte Sozialstaatsmodell hat auch eine zweite Zielsetzung. Denn dieser materielle Kompensationsansatz im politischen Gemeinwesen zielt auf eine viel umfassendere Inklusion, nämlich auf das Entstehen „dauernde(r) Bürgschaften seines inneren Friedens“, also auf eine *innerstaatliche Friedensordnung* durch das Zusammenführen von an sich widerstreitenden sozialen Interessen, nämlich von Kapital und Lohnarbeit, in welcher ausdifferenzierten Form auch immer.

### 2.3 Der Sozialstaat: Versuche einer Synthese von Klasseninteressen

Dieser Grundgedanke wird in der nachfolgenden Republik theoretisch weiter ausgeführt. *Max Weber* (1864–1920), ein Vertreter des *Sozialliberalismus*, beispielsweise griff das bei *John Locke* entwickelte liberale Theorem auf, dass nämlich die in

einem Staat Beherrschten den mit der Herrschaft Beauftragten und den zu beachtenden Gesetzen zustimmen müssen:

Ein gewisses Minimum an innerer Zustimmung mindestens der sozial gewichtigen Schichten der Beherrschten ist ja Vorbedingung einer jeden, auch der bestorganisierten, Herrschaft. (Weber 1958, S. 327)

In der Phase des klassischen Liberalismus sei dies auch kein Problem gewesen, bezog sich doch hier die Forderung nach sozialer Zustimmung auf die sozial homogene Klasse der Besitzbürger. Im „modernen Staat“ aber gebe es diese *soziale Homogenität* nicht, folglich könne die zustimmende Haltung der Bürgerinnen und Bürger erst auf dem Wege der *sozialen Integration* u. a. durch staatliche Politik hergestellt werden. Weber beschrieb damit den Zustand zugespitzter Klassenausinandersetzungen am Ende des I. Weltkrieges. Er ging von der „(...) Gebundenheit jeder Regierung an die Existenzbedingungen einer auf absehbare Zeit hinaus kapitalistischen Gesellschaft und Wirtschaft (...)“ aus (ebenda, S. 353 f.). Immer wieder fragte Weber, inwieweit die organisierte Arbeiterbewegung die in ihr wirkenden revolutionären Elemente zurückdrängen könne. Zugleich plädierte er für einen Kompromiss zwischen Kapitalismus und Arbeiterbewegung. Zwar werde man noch lange Zeit mit den privaten Unternehmern leben und auf ihre ökonomische Leistungsfähigkeit zurückgreifen müssen, wohl aber müsse und könne man ihren politischen Wirkungsgrad einschränken.

Innerhalb der *sozialdemokratischen Arbeiterbewegung* stellte sich in den 1920er Jahren nach Konsolidierung der Wirtschaft die Frage, ob die Regierungsbeteiligung, die Mitarbeit an den gesetzgeberischen bzw. sozialpolitischen Prozessen nun ein Abweichen vom für richtig gehaltenen Ziel des Sozialismus oder nur ein anderer Weg hin zur Überwindung des Kapitalismus sei. *Eduard Heimann* (1889–1967) gibt in seiner vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 erschienenen Schrift „Soziale Theorie des Kapitalismus“ eine knappe Antwort:

Sozialpolitik sichert die kapitalistische Produktionsgrundlage vor den von der sozialen Bewegung drohenden Gefahren, indem sie der sozialen Forderung nachgibt; sie baut den Kapitalismus stückweise ab und rettet dadurch seinen jeweils verbleibenden Rest; sie erreicht immer dann und nur dann einen Erfolg, wenn die Erfüllung einer sozialen Teilforderung zur produktionspolitischen Notwendigkeit wird. Dies ist ihr konservativ-revolutionäres Doppelwesen. (Heimann 1929, zit. nach 1980, S. 172)

*Hermann Heller* (1891–1933) schließlich kamen am Ende der Weimarer Republik erhebliche Zweifel, ob das Bürgertum noch bereit sei, seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung dieses Integrations-Modells, damit zur evolutionären Durchsetzung der

„sozialen Idee“, von der Eduard Heimann gesprochen hatte, zu leisten. Angesichts der Gefahr eines zur Macht gelangenden Faschismus forderte er:

Soll die heutige, vornehmlich vom Bürgertum geschaffene Kultur und Zivilisation erhalten, geschweige denn erneuert werden, so muss unter allen Umständen der erreichte Grad der Berechenbarkeit der gesellschaftlichen Beziehungen nicht nur bewahrt, sondern sogar noch erhöht werden. (Heller 1930, S. 24)

Obwohl gerade Teile des Bürgertums den von Anfang an in der Weimarer Republik nur widerwillig hingenommenen Kompromiss mit der Arbeiterbewegung in der Weltwirtschaftskrise aufzukündigen bereit seien, sah Heller die objektive Aufgabe des Proletariats darin, immer wieder die soziale und politische Kraft zur Integration aufzubringen, da das Bürgertum aus sich heraus dazu nicht in der Lage und auch nicht willens sei (vgl. Schluchter 1968, S. 172). Mit der proletarisierten „Massendemokratie des heutigen Großstaates“ und dem gesteigerten Klassegegensatz wird, so Heller, gerade die Arbeiterschaft als jener Teil der bürgerlichen Gesellschaft, der nach Marx eigentlich deren Negation darstellt und bestimmt ist, diese aufzuheben, zum wichtigsten Kristallisationskern und zu einem der „staatsbildenden Faktoren“, dem die Aufgabe der Integration der „*ewig antagonistischen Einheit*“ in der bürgerlichen Gesellschaft zukomme, um so den Faschismus abzuwenden (vgl. Heller 1929, S. 7, 8 und 11). Diese Ausformulierung der Notwendigkeit eines sozialen Kompromisses zum Zwecke der Verteidigung letztlich auch der bürgerlichen Gesellschaft setzte auf Teilhabe an den privatwirtschaftlich von Unternehmern und Arbeitnehmern erwirtschafteten Ressourcen. Heller formulierte die klassische Alternative: „Rechtsstaat oder Diktatur?“, wobei im Rechtsstaatsbegriff zugleich der soziale Kompromiss enthalten ist. Heller ist der „Vater“ des Begriffs vom „sozialen Rechtsstaat“.

Nach dem 2. Weltkrieg und im Kontext der enormen wirtschaftlichen Schubkraft der (west-) deutschen Wirtschaft formulierte schließlich *Ralf Dahrendorf* (1891–1933) den sozialen Kompromiss als eine wesentliche Grundlage der sozialen Teilhabe aller und des sozialen Zusammenhalts der bürgerlichen Gesellschaft:

Deshalb verlangt die Durchsetzung der Bürgerrechte ein gewisses Maß dessen, was gerne Nivellierung genannt wird, nämlich einen verlässlichen ‚Fußboden‘ und eine schützende ‚Decke‘ für das Gehäuse sozialer Schichtung. Eine Politik zu diesem Ende ließe sich als liberale Sozialpolitik ohne große Mühe konzipieren. Sie bliebe eine liberale Politik, denn ihr eigentliches Ziel läge darin, den Raum zwischen Decke und Fußboden möglichst breit zu halten, damit die Vielfalt menschlicher Talente und Leistungen im Medium der distributiven Ungleichheit seinen Ausdruck finden kann. (Dahrendorf 1965, S. 96)

Damit wird das Gebot der *Integration* erneuert, zugleich auf die gesamte Gesellschaft ausgeweitet und nicht, wie bei *Hermann Heller*, vorrangig als ein Instrument im Abwehrkampf gegen den aufkommenden Faschismus verstanden. Zugleich wird ein quantitatives Spektrum für die *soziale Teilhabe* bzw. *Verteilung* aufgezeigt, denn der Abstand zwischen Decke und Fußboden wird nun zum interessebedingten Ort der Auseinandersetzung.

Bürgerrechte sind, so das Resümee der geschichtlichen Wurzeln des Sozialstaatsgebotes, an eine existenzsichernde Mindestversorgung gebunden, die vor *sozialer Ausgrenzung* schützen soll, zugleich gibt es Grenzen der Verteilung nach oben, wie schon die frühliberale Theorie formulierte. Gesellschaft benötigt soziale Differenzierung als Folge der unterschiedlichen Wahrnehmung von *Eigenverantwortung*, aber auch sozialen Zusammenhalt durch *Solidarität*. Der soziale Widerstreit bezieht sich auf deren Mischungsverhältnis, Verteilungspolitik in Richtung von mehr Leistungsgerechtigkeit oder von mehr solidarischer Gerechtigkeit ist folglich legitim, und zwar ohne Exklusivitätsanspruch. Aber der Boden selbst muss stabil bleiben (*Vorleistungsfreie Gerechtigkeit*). Sozialstaatlichkeit und die daran orientierte Sozialpolitik zielen auf innergesellschaftlichen Inklusion, zu dem andere Staatszielbestimmungen auf den Gebieten Bildung, Gesundheit, politische, soziale und kulturelle Teilhabe etc. hinzukommen. Soziale Inklusion und Sozialer Zusammenhalt als Ziel staatlicher Politik und gesellschaftlichen Zusammenlebens verbindet:

- Sie sind normativ bestimmt.
- Sie verkörpern temporäre Kompromisse zwischen unterschiedlichen, teils stärkeren, teils schwächeren sozialen Interessen.
- Sie sind geschichtlich, geografisch und perspektivisch veränderbar.

Folglich sind diese Normen sowohl prozesshaft als auch teleologisch wirksam, ohne dass hier eine klare Scheidung möglich ist. Diese Normen können aber auch in Frage gestellt werden, was auch parallel zum Ausbau von Sozialstaatlichkeit immer wieder geschehen ist.

---

### **3 Wider den Sozialstaat: Inklusion durch Exklusion – das neoliberale Dogma**

Schon im Verlauf der sog. *Großen Depression* in den 1870er und 1880er Jahren verfolgte die sich herausbildende universitäre Wirtschaftswissenschaft Strategien, wie diese Wirtschaftskrise überwunden werden könne. Sie formulierte – im Rekurs



auf die klassische – eine *neoklassische* Wirtschaftstheorie, die auf Stärkung der Angebotsstrukturen im Marktgeschehen zielte. Mit Ausbruch der *Weltwirtschaftskrise* Ende der 1920er Jahre erlebte diese Schule einen enormen Aufschwung. Wiewohl Deutschland als Bestandteil der Europäischen Gemeinschaft ein führender Repräsentant einer zunehmend europäisierten und globalisierten Wirtschaft geworden ist, sind die zentralen Imperative dieser heute häufig, wenn auch wenig spezifisch, unter dem Sammelbegriff als *neoliberal* bezeichneten Wirtschaftspolitik zunächst außerhalb Deutschlands akademisch und praktisch entwickelt worden. Für sie stehen *Milton Friedman* (1912–2006), und die nach dem Ort seines Wirkens in Chicago benannte Schule. Deutschland erlebt ebenfalls eine Renaissance der Gedanken von *Friedrich August von Hayek* (1899–1992).

Es sei – so Hayek – ein Irrglaube, ähnlich dem an „Hexen und Gespenster“, sich in einer spontan sich bildenden Ordnung, also beim Markt, etwas Bestimmtes unter „sozialer Gerechtigkeit“ vorstellen zu können – auf eine derartige Idee könne nur eine „Zwangsorganisation“ kommen, wie sie offensichtlich der Sozialstaat darstellt (vgl. von Hayek 1981, S. 98). Folglich sei es nicht die Aufgabe des Staates, korrigierend in die Ergebnisse von Marktprozessen einzugreifen. Hayek sieht allerdings durchaus ein „Mindesteinkommen“ vor, doch müsse dieses für Bedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht auf dem Markt verdienen könnten, vollständig *außerhalb des Marktes* und im Bereich *privater Fürsorge* angesiedelt sein und keinesfalls für Personen zu Verfügung stehen, die am Markt eine Leistung anbieten, selbst wenn diese dort nicht nachgefragt werde. Er begründet diese Mindestsicherung für offensichtlich nicht mehr Arbeitsfähige als im Interesse jener liegend, „(...) die Schutz gegen Verzweiflungsakte der Bedürftigen verlangen (...)“, also der marktstarken Bürgerinnen und Bürger (von Hayek 1991).

Zur Logik des von *Robert Nozick* ausformulierten Konzepts von einem *minimal state* gehört das sozialpolitische Credo, Movens von wirtschaftlichem Erfolg sei die Verstärkung *sozialer Ungleichheit*. Da dieses Credo schlicht unbeweisbare Setzung ist, schließt dieser Ansatz jegliche Korrektur aus. Dass es gerade Marktmechanismen waren, die geschichtlich auf staatliche Interventionen drängten und dass Ungleichgewichte konstitutiv zum Markt gehören, schadet der „Logik“ dieses Staatsverständnisses offensichtlich ebenso wenig wie die Tatsache, dass es letztlich Menschen sind, die die negativen Seiten dieses Prozesses ertragen müssen. Dass Markt hier synonym für Klasseninteresse steht, versucht diese Argumentation nicht einmal zu verbergen: „(...) Besteuerung von Arbeitseinkommen (...)“ sei „(...) mit Zwangsarbeit gleichzusetzen (...)“, denn: „Alles, was aus gerechten Verhältnissen auf gerechte Weise entsteht, ist selbst gerecht.“ (Nozick 2006, S. 225, 203f.).

Dieser aggressive *Wirtschaftsliberalismus* entkleidet den Ökonomiebegriff all dessen, was ihn seit den Klassikern *Adam Smith*, *David Ricardo* etc. zu einem poli-

tisch gestaltbaren Prozess gemacht hat. Ökonomie und Politik verschmelzen fast wieder wie in dem vorbürgerlichen Feudalsystem zu einer – sozial strikt gestuften – „Einheit“, wobei an die Stelle der Feudalherren die (groß-)wirtschaftlichen Interessenträger treten. *Soziale Ausgrenzung* ergibt sich aus wirtschaftlichen „Gesetzmäßigkeiten“, denen die Prägestkraft naturwissenschaftlicher Gesetze zukommt. Soziale Exklusion soll zu sozialer Inklusion führen. Dieser „Gesetzmäßigkeit“ zu widerzuhandeln – durch vom Staat organisierte *Solidarität* – wäre „widernatürlich“. Solchermaßen eine der großen Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, nämlich den *Primat der Politik* gegenüber der Ökonomie aufgebend, bleiben Derivate dieser Emanzipationsbewegung, nämlich Individualisierung und Privatheit, nur noch im negativen Sinne wirksam, nämlich in Form von *Reindividualisierung* und *Reprivatisierung* sozialer Risiken.

---

#### **4 Der Sozialstaat: Wer wird wie im Sozialstaat sozial eingegliedert? – Empirische Formen und Grenzen sozialer Inklusion**

Die sozialstaatliche Entwicklung ist immer wieder Kompromiss zwischen mehr *Eigenverantwortung* oder mehr *Solidarität*, zwischen staatlicher *Fürsorge* oder *staatsfernem Selbsthilfegedanken*. (Wallrabenstein 2009, S. 65 ff.). Die Bismarck'schen *Arbeitnehmersozialversicherungen* und die staatliche *Fürsorgepolitik* prägen den deutschen Sozialstaat bis heute. Mehr als zwei Drittel aller Sozialleistungen werden über die fünf Sozialversicherungszweige abgewickelt (Bäcker et al. 2010, Bd. 1, S. 102). Das *Versicherungsprinzip* eröffnet hier Inklusionsprozesse, zugleich aber auch Inklusionsgrenzen: Zugang zu den Leistungen der Sozialversicherungen hat zunächst einmal nur, wer als abhängig Beschäftigter auch Zugang zum Arbeitsmarkt hat bzw. hatte. In der Terminologie von Gøsta Esping-Andersen gesprochen erlauben dementsprechend Sozialversicherungssysteme trotz ihres – vergleichsweise hohen – Leistungsniveaus nur ein begrenztes Maß an Dekommodifizierung: (vgl. Ullrich 2005, S. 108) Das mit den Sozialversicherungsleistungen einhergehende Maß an Unabhängigkeit vom Arbeitsmarkt ist nämlich gerade auf all jene begrenzt, die dort ihre Arbeitskraft im Regelfall verkaufen können. Hierfür kommt es zum einen auf den *Umfang* der geleisteten Arbeit an. Zum anderen ist auch die *Dauer* der Erwerbstätigkeit relevant, denn der Zugang zu Versicherungsleistungen ist teilweise an Anwartschaften gebunden. Während das *Versicherungsprinzip* über das „Ob – Überhaupt“ der Inklusion entscheidet, bestimmen das *Äquivalenz- und das Solidarprinzip* das „Wie – Weit“. So ist die Höhe des vorherigen Einkommens entscheidend für die des Arbeitslosengeldes I oder auch des Krankengeldes. In be-

Soziale Inklusion

Grundlagen, Strategien und Projekte in der Sozialen  
Arbeit

Balz, H.-J.; Benz, B.; Kuhlmann, C. (Hrsg.)

2012, VII, 322 S., Softcover

ISBN: 978-3-531-18557-6